

Gastkolumne

Das abrupte Ende des städtischen Zaubers

Die Pandemie hat den urbanen Feingeistern ihre Abhängigkeit vom Land vor Augen geführt. Zeit für etwas mehr Solidarität



Paul Widmer

Vor einigen Jahren gab es einen Bundesrat, der sich in seinen feinsinnigen - nicht freisinnigen - Reden gern als Vertreter des urbanen Zürich stilisierte. Heute geben sich die Operation Libero, die Grünliberalen, überhaupt die Progressiven als urban aus.

Man kann das verstehen. Die Vokabel klingt - im Gegensatz zu Verstädterung - gut. Sie suggeriert höhere Lebensqualität. Nicht ohne Grund. Zürich, Inbegriff der Urbanität in der Schweiz, ist eine hochattraktive Stadt. Mit Fleiss, Kreativität und hohen Investitionen wurde hier ein Lebensraum geschaffen, in dem sich gut leben lässt.

Und doch - es ist nicht alles stimmig. Die Sache hat einen Haken. Wer sich auf seine Urbanität beruft, grenzt aus, sieht auf andere herab, verteidigt die Privilegien der Städte. Das ist nicht neu. Der Gegensatz von Stadt und Land ist uralte. Und er war immer einseitig: hier die bevorzugten Städte, dort das benachteiligte Land. Früher rissen die Patrizen und Zünfte alles, was einträglich war, an sich: die begehrtesten Stellen in Regierung und Verwaltung, den hochprofitablen Handel und das Handwerk mit goldenem Boden. Deshalb kam es öfters zu Aufständen auf dem Land.

Diese Zeiten sind vorbei. Aber ganz erloschen ist der Konflikt nie. Allerdings

durchliefen wir nach dem Zweiten Weltkrieg eine ausgesprochen egalitäre Phase. Nun bricht der Graben wieder stärker auf. Auf der politischen Seite belegen mehrere Abstimmungen, dass heute der grösste Unterschied im Wahlverhalten nicht zwischen Arm und Reich oder Deutsch und Welsch, sondern zwischen Stadt und Land besteht. Urbane erwarten mehr Leistungen vom Staat als die Landbevölkerung. Deshalb wählen sie linker.

Auf der gesellschaftlichen Seite lebt man sich auch auseinander. Die erfolgreichen Dienstleister konzentrieren sich immer mehr in den urbanen Zentren. Dafür findet man dort immer weniger finanziell schlechter gestellte Familien, und vor allem kaum noch Handwerker. In Kolonnen fahren diese morgens mit ihren Lieferwagen in die Stadt, pflegen Gärten, flicken Wasserleitungen und kehren abends wieder aufs Land zurück. So halten sich die gepflegten Zentren zudem die emissionsintensiven Werkstätten vom Leib.

Dieses urbane Idyll wurde durch die Corona-Pandemie empfindlich gestört. In der Krise entdeckte man plötzlich die systemrelevanten Berufe. Das sind meistens einfache, unentbehrliche, aber auch schlecht bezahlte Tätigkeiten. Der Mangel an Pflegepersonal in den Spitälern legte die Schwachstellen offen. Ohne die Pflegefachfrau, die allen widrigen Umständen zum Trotz ihren Dienst im Spital tut, geht es nicht. Auch ohne den Landwirt, der tagaus, tagein für die Ernährung sorgt, oder ohne den Elektriker, der den Stromanschluss zu jeder Tages- und Nachtzeit repariert, bricht unsere Lebensversorgung zusammen.

Unsere Gesellschaft gleicht einer Pyramide. Zuunterst sind die vielen Unentbehr-



Erstens: Überdenken wir die gesellschaftliche Geltung von Berufen! Zweitens: Die Urbanen sollten sich weniger auf ihre Urbanität einbilden.

lichen, die das System tragen, dann von Stufe zu Stufe wird die Last leichter. Die Entlohnung folgt aber gerade einem umgekehrten Schema. Je weniger systemrelevant, desto besser bezahlt. Hedge-Funds-Manager, Anwälte, Werbefachleute sind nicht systemrelevant, aber oft Spitzenverdiener.

Die Corona-Krise hat uns schlagartig in Erinnerung gerufen, dass wir uns den hohen Grad an Urbanität ohne die systemrelevanten Berufe gar nicht leisten könnten. Daraus sollten wir zwei Lehren ziehen.

Erstens: Überdenken wir die gesellschaftliche Geltung von Berufen! In den urbanen Berufen ist die Wertschöpfung meistens hoch. Deshalb geniessen sie hohes Ansehen. Aber in einer nachhaltigen Volkswirtschaft sollte man die Wertschöpfung nicht vergötern. Anderes zählt ebenfalls, vor allem der unabdingbare Dienst an der Gesellschaft. Die Wertschöpfung eines Goldschmieds mag zehnmal höher sein als die eines einfachen Schmieds. Doch wenn es um existenzielle Dinge geht, hängt man mehr vom Schmied als vom Goldschmied ab.

Zweitens: Die Urbanen sollten sich weniger auf ihre Urbanität einbilden. Und vor allem sollten sie diese nicht politisch ausspielen. Wenn sich die Stärkeren gegenüber den Schwächeren brüsten, ist das Gruppenegoismus, ist das nichts als Chauvinismus. Stattdessen wäre Verständnis für jene gefragt, die nicht das Privileg haben, in den Zentren zu leben, aber mit ihrer Arbeit den urbanen Lebensstil erst ermöglichen. Und Solidarität. Das sollte die Kernlektion der Pandemie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz sein.

Paul Widmer ist Diplomat, Publizist und Sachbuchautor.



Medienkritik

Der süsse Reiz der Subventionen



Aline Wanner

Immerhin hat der Nationalrat diese Woche bemerkt, dass wir im 21. Jahrhundert leben. In einer Zeit also, in der Menschen Medien an Bildschirmen konsumieren. Vielleicht hat es geholfen, dass ein paar Politiker wieder einmal Zug gefahren sind und ihre Mitpassagiere am Morgen keine Zeitung aufgefallen, sondern zwei Stunden in ihr Handy gestarrt haben.

So kam es, dass die Nationalräte sich entschlossen, die Förderung von Print- und Onlinemedien aneinanderzukoppeln. Es würden in Zukunft also nicht nur Verlagshäuser von vergünstigter Frühzustellung profitieren, sondern auch Redaktionen staatliche Unterstützung erhalten, die ihre Produkte ausschliesslich digital vertreiben. Das wäre sicher einigermaßen zeitgemäss.

Nur birgt der Ausbau der Unterstützung ganz generell ein Problem. Es ist ironischerweise genau der Punkt, mit dem die Befürworter ihr Anliegen legitimieren: die Wichtigkeit der Medien als vierte Gewalt. Der Job von Journalisten ist es gerade, dem Staat kritisch gegenüberzustehen. Und das können sie besser, wenn sie so wenig Geld wie nötig von ihm bekommen. Zwar gibt es Strukturen, welche die Unabhängigkeit gewährleisten sollen. Aber mit der Befangenheit verhält es sich wie am Gericht: Es gilt auch den Anschein zu vermeiden.

Leider sind die Zeiten verlockend für staatliche Förderung: Die Pandemie hat zu massiven Einbrüchen bei den Werbeeinnahmen geführt. Es mag deshalb richtig sein, den Medien, wie andere Branchen, kurzfristig zu helfen. Langfristig ist das aber der falsche Weg. Es sind die Leser, die für Inhalte bezahlen. Und es sind die Verleger, die es jahrelang verpasst haben, ein entsprechendes Geschäftsmodell zu entwickeln, gerade online. Jetzt, wo sie endlich dabei sind, das nachzuholen, entdecken sie nur allzu gerne den Reiz von Subventionen.

Aline Wanner ist Redaktorin beim Magazin «NZZ Folio».

49 Prozent

Wer grosszügig ist, lebt länger



Patrick Imhasly

Jetzt zählt es - seit diesem Monat kriegt unser 14-jähriger Sohn nicht mehr jede Woche ein kleines Sackgeld, sondern einen Jugendlohn auf sein neu eröffnetes Bankkonto. Damit hat er elementare Dinge zu finanzieren: den Stufenschnitt beim kurdischen Coiffeur, das Handyabo oder seine Kleider. Er ist ziemlich aufgeregt und fragt sich seit Tagen, ob er sein Geld besser in bar, mit der Debitkarte oder via Twint ausgeben soll. Dieser Schritt in eine gewisse finanzielle Selbstverantwortung unseres Ältesten war fällig, und ich bin gerührt von der Ernsthaftigkeit, mit der er die Sache angeht. Doch was das wieder kostet!

Ausser für die lebensnotwendigen Dinge wie das Wohnen oder die Prämien der Kran-

kenkasse geben wir am meisten Geld für die Ferien oder für das Essen auswärts in Restaurants aus. Und weil die beiden Söhne inzwischen Platz brauchen und einen deutlich grösseren Appetit haben als unser eins, läppern sich die entsprechenden Aufwendungen zusammen: Für eine Übernachtung in einem Hotel benötigen wir zwei Doppelzimmer, und die Zeiten sind vorbei, als die beiden mit einem Kindermenu - zum Beispiel Schnipo ohne Gemüse für acht Franken - satt geworden sind.

Laut einer Berechnung des Bundesamts für Statistik kostet in der Schweiz ein Kind die Eltern zwischen 0 und 10 Jahren rund 600 Franken im Monat, bei einem Kind im Alter von 11 bis 21 Jahren sind es 870 Franken. Im Doppelpack reduzieren sich die individuellen Kosten, allerdings nur geringfügig. Zwei Kinder zusammen kosten 1580 Franken im Monat. Bis zum Alter von 20 Jahren läppern sich so um die 200 000 Franken pro Kind zusammen. Man darf sich gar nicht vorstellen, was man mit diesem vielen Geld sonst noch alles anstellen könnte. Und dabei sind in diesen Zahlen bloss die direkten Kosten wie die Ausgaben für den Kinder-

geburtstag in der Bowling-Halle samt Verköstigung aller Teilnehmer oder für den Ausflug in den Europapark eingerechnet. Von den indirekten Kosten, wie etwa dem Lohnverlust wegen der Teilzeitarbeit von meiner Frau und mir oder dem Verzicht auf eine steile Karriere im Job, gar nicht erst zu reden.

Und doch lohnt sich jeder Franken, den man in die Kinder investiert. Denn wer grosszügig ist, lebt länger. Zu diesem für alle klammen Eltern tröstlichen Befund ist eine internationale Studie gekommen. Demografen haben in 34 Ländern untersucht, welchen Anteil seines lebenslangen Einkommens die einzelne Bürgerin oder der einzelne Bürger mit anderen Menschen teilt - in erster Linie durch die Unterstützung der Kinder in der eigenen Familie, aber auch indirekt über Abgaben an den Staat.

In Frankreich und Japan liefert jeder 68 bis 69 Prozent seiner Einnahmen ab. Und in diesen Ländern ist beispielsweise für über 65-Jährige das Risiko, im nächsten Jahr zu sterben, halb so gross wie in China oder der Türkei, wo die Menschen bloss 44 bis 48 Prozent zugunsten von andern ausgeben. Grosszügig zu sein, macht die Leute glück-



Bis zum Alter von 20 Jahren läppern sich so um die 200 000 Franken pro Kind zusammen.

lich, gibt ihrem Leben einen tieferen Sinn, und es hält sie gesund.

Übrigens sind Frauen meistens grosszügiger als Männer. Wie Zürcher Forscher vor ein paar Jahren herausgefunden haben, wird das Belohnungssystem in ihrem Gehirn immer dann aktiviert, wenn sie einen Geldbetrag teilen. Bei Männern geschieht das, wenn sie denselben Batzen für sich behalten können. Allerdings haben die Wissenschaftler auch festgestellt, dass solcherlei Geschlechterunterschiede nicht angeboren sind, sondern sich mit kulturellen Erwartungen an Frauen und Männer erklären lassen.

Ich werde deshalb meiner Frau vorschlagen, dass wir den Jugendlohn unseres älteren Sohnes schon im nächsten Monat kräftig aufstocken. Das lässt mich als Mensch und Mann besonders grosszügig erscheinen und verschafft mir darum ein längeres Leben. So kann ich gleich auch noch den Umstand kompensieren, dass meine Frau ein paar Jahre jünger ist als ich. Und alles wird gut in unserer Familie.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».